

# JAPAN

Vor dem G20-Gipfel in Pittsburgh gingen die Japaner am 30. August 2009 an die Wahlen und entschieden sich mit überwältigender Mehrheit für den Regierungswechsel. Anstelle der bisherigen, von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) geführten Regierung tritt nun eine Dreiparteien-Koalition, in der die Demokratische Partei Japans (DPJ) klar das stärkste Glied ist. Die beiden anderen Koalitionsteilnehmer sind die Sozialdemokratische Partei (SDPJ) und die Neue Partei des Volkes. Japan wird folglich auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh nicht mehr durch den bisherigen Premierminister Tarô Asô bzw. seinem in London anwesenden Vizefinanzminister Takeshita vertreten sein. Vielmehr wird der Gipfel von Pittsburgh das Debüt des Premierministers in spe Yukio Hatoyama (DPJ) auf der internationalen diplomatischen Bühne darstellen. Der G20-Gipfel fällt damit genau in eine Zeit des Übergangs und Umbruchs in der japanischen Politik.

## **GIPFELTEILNAHME IM ZEICHEN INNENPOLITISCHER ZEITENWENDE**

Hatoyama, der Enkel des LDP-Gründers und ehemaligen Premierministers Ichirô Hatoyama (Amtszeit 1954-1956) hat bereits deutlich gemacht, dass ein härterer Kampf gegen den Klimawandel weit oben auf seiner Agenda steht. So kündigte er eine 20prozentige Reduktion der Treibhausgase bis 2020 (verglichen mit dem Wert von 1990) an. Dieses Ziel ist wesentlich ambitionierter als die mittelfristige Reduktion um 8 Prozent, auf die sich die Vorgängerregierung mit Rücksicht auf Bedenken gegen schärfere Regelungen aus der Industrie festgelegt hatte (*Asahi Online*, 08.09.2009).

Im Rahmen des G20-Gipfels soll es eventuell auch zu einem ersten Treffen Hatoyamas mit US-Präsident Obama kommen. Dies könnte ein erster Schritt sein amerikanische Bedenken gegenüber der Außen- und Sicherheitspolitik der DPJ zu zerstreuen. Amerikanische Regierungsbeamte hatten sich zuletzt besorgt um die Zukunft der Allianz mit Japan gezeigt, weil Hatoyama offen für engere Kooperation innerhalb Asiens (bis hin zu Gründung einer supranationalen Organisation wie der EU innerhalb der nächsten 50 Jahre) gewonnen, einen Abzug der Selbstverteidigungsstreitkräfte aus dem indischen Ozean (wo die japanische Marine Schiffe anderer Länder betankt) gefordert und Kapitalismus amerikanischer Prägung kritisiert hatte (*Asahi Shimbun*, 03.09.2009).

## **MASSIVE BELASTUNG DES JAPANISCHEN STAATSHAUSHALTS**

Im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung fürchten viele Beobachter in Japan ein weiteren Anstieg der bereits jetzt sehr hohen Staatsverschuldung – diese ist bereits auf fast 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angewachsen – durch die Realisierung von Wahlversprechen der DPJ. Diese hatte sich unter anderem für die Einführung eines Kindergeldes von monatlich ca. 200 Euro sowie die Abschaffung der Autobahngebühren ausgesprochen. Kritiker warnen, dass eine weitere Verschlechterung der japanischen Finanzen zu immer höheren langfristigen Zinsen führen und damit negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes haben werde (*Mainichi Online*, 06.09.2009).

## DEBATTE UM BESCHLÜSSE IM VORFELD DES GIPFELS

Die kommunistische Partei Japans (JKP) scheint ein breiteres Forum der Gruppierung der G20 vorzuziehen. Der JKP Vorsitzende Shii Kazuo forderte daher im August 2009 unter Anspielung auf die in den Vereinten Nationen vertretenen Staaten einen Weltwirtschaftsgipfel der „G192“. Er begründete seinen Vorstoß damit, dass die weltweite Finanzkrise die Entwicklungsländer am härtesten getroffen hätte (*Shimbun Akahata*, 08.09.2009). Das Parteiorgan Akahata forderte vor dem Treffen der G20-Finanzminister in London Anfang September 2009 ein Ende des „Casino-Kapitalismus“. Reale Wirtschaft und Menschen sollten nicht von der „Profitgier einer handvoll Spekulanten“ missbraucht werden. Daher müssten die Regierungen in ihrem Bemühen um eine Reform der Finanzmärkte standhaft bleiben und sicherstellen, dass Spekulationen auf Lebensmittel- und Rohstoffmärkte reguliert würden (*Shimbun Akahata*, 05.08.2009).

Bei den großen Medien des Landes stießen die Beschlüsse des Treffens der Finanzminister und Notenbankchefs Anfang September 2009 in London auf ein geteiltes Echo. Auch wenn die grundsätzlichen Entscheidungen des Treffens, vor allem die Aufrechterhaltung der Stimulusprogramme, von den großen Zeitungen mehreren Artikeln begrüßt wurden, so geizten zahlreiche Journalisten auch nicht mit Kritik. Sowohl die führende Wirtschaftszeitung des Landes, die *Nihon Keizai Shimbun*, als auch die konservative *Sankei Shimbun* fürchten negative Folgen für japanische Banken durch die in London debattierte Erhöhung der Eigenkapitalquote. Da die japanischen Großbanken seit jeher nur eine verhältnismäßig geringe Eigenkapitalquote vorweisen können, müsse sich die japanische Regierung bei den Verhandlungen proaktiv und strategisch verhalten, um Schaden von den Banken des Landes abzuwenden (*Nikkei Net*, 07.09.2009). Die *Sankei* weist sogar darauf hin, dass das Ziel der Einführung der ursprünglichen Vorgaben zur Eigenkapitalabdeckung in den 1980er Jahren eine Schwächung der japanischen Banken war. Anstelle von verbindlichen Vorschriften sollte die geplante Erhöhung der Eigenkapitalquote dieses Mal

auf freiwilliger Basis erfolgen. Trotz der in dieser Episode zum Ausdruck gebrachten Sorge um japanische Interessen fordert der Kolumnist der *Sankei* dennoch eine grundlegende Revision der Finanzmarktstrategie auf dem G20-Gipfel in Pittsburgh (*MSN Sankei*, 07.09.2009).

## ZUKÜNFTIGE KRISEN VERHINDERN

Liberalere Medien haben andere Sorgen: Sowohl die *Mainichi Shimbun* als auch die *Japan Times* warnen davor, dass die Freude über die langsame Erholung der Wirtschaft die Notwendigkeit umfangreicher Reformen vergessen lässt. Die G20-Staaten sollten sich mehr Gedanken darüber machen, wie man eine weitere weltweite Finanzkrise verhindern könne (*Japan Times*, 10.09.2009). Durch die Diskussionen über Details, vor allem die umstrittene Limitierung der Bonuszahlungen für Banker, habe man das große Ganze aus den Augen verloren. Der Journalist gesteht einem neuen Regelwerk für den Bankensektor durchaus einen gewissen positiven Effekt zu; er betont allerdings, dass es vor allem darum geht, ein Finanzwesen zu erschaffen, welches der Gesellschaft diene, anstatt Wirtschaft und Gesellschaft mit in die Tiefe zu reißen. Wie ihre Konkurrenz wünscht sich auch die *Mainichi* intensive Beratungen auf dem Pittsburger Gipfel (*Mainichi Online*, 07.09.2009).

Eine Furcht, die in allen Beiträgen zum Ausdruck gebracht wird, ist die Angst, dass ein zu schnelles oder unkoordiniertes Ende der Maßnahmen zur Konjunkturbelebung eine weitere Krise heraufbeschwören könnte (*Nikkei Net*, 07.09.2009). Dies ist wahrscheinlich Japans eigenen, schmerzhaften Erfahrungen während der asiatischen Finanzkrise im Jahre 1997 geschuldet. Doch trotz diverser Vorbehalte und Sorgen scheint nicht nur die japanische Regierung, sondern auch die japanischen Medien – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – die G20 als ein Forum in dem eine neue, bessere Finanzordnung ausgehandelt werden kann, anzusehen.

*Dr. Christian Winkler*  
Japanologe, Universität München